

Wohlstand durch Freiheit und Wettbewerb

Positionen der IHK Halle-Dessau
zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026

Positionen der IHK Halle-Dessau zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026

4 Alle Potenziale heben!

6 Demografie & Arbeitsmarkt

8 Bildung

10 Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit stärken!

12 Technologie & Innovationen

14 Internationalisierung

16 Landesimage

18 Weniger Hürden, mehr Unternehmergeist!

20 Bürokratie / Gute Gesetzgebung

22 Unternehmensfreundlichkeit

24 Transformation der Wirtschaftsregion ermöglichen!

26 Energiepolitik

28 Infrastruktur



Wohlstand durch Freiheit und Wettbewerb

Sachsen-Anhalt steht vor einer richtungsweisenden Landtagswahl. Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und geopolitischen Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Jahren spürbar verändert. Globale Lieferketten geraten unter Druck, internationale Konflikte nehmen zu, Transformationsanforderungen wachsen. Und zugleich verschärfen demografischer Wandel, Fachkräftemangel und eine anhaltende Investitionszurückhaltung die Herausforderungen im eigenen Land.

Gerade in diesen Zeiten braucht auch Landespolitik einen klaren ordnungspolitischen Kompass. Dieser Kompass orientiert sich an den bewährten Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft: Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und Haftung, Subsidiarität und Rechtsstaatlichkeit. Er ist kein theoretisches Konstrukt, sondern praktische Leitlinie für eine Politik, die Wertschöpfung, Wachstum, Wohlstand, Innovation und gesellschaftlichen Zusammenhalt gleichermaßen im Blick behält.



*Sascha Gläßer, Präsident der IHK Halle-Dessau (re.)
und Prof. Dr. Thomas Brockmeier, Hauptgeschäftsführer
der IHK Halle-Dessau (li.)*

Die Marktwirtschaft entfaltet ihre Wirkungskraft nicht von selbst. Sie braucht einen verlässlichen Rahmen. Zu diesem Rahmen gehören eine stabile Demokratie, eine unabhängige Justiz und eine Verwaltung, die Rechtssicherheit garantiert und Entscheidungen nachvollziehbar, transparent und zügig trifft. Unternehmerische Investitionen sind stets Ausdruck von grundsätzlichem Optimismus. Insofern sind sie gleichsam Bekenntnisse zur Zukunft. Investitionsentscheidungen setzen Vertrauen voraus: Vertrauen in die Beständigkeit politischer Entscheidungen, in die Geltung geschlossener Verträge und in eine freiheitliche Ordnung, die Eigentum schützt und Wettbewerb ermöglicht. Rechtsstaatlichkeit und demokratische Stabilität sind daher keine abstrakten Werte, sondern handfeste Standortfaktoren.



Wo politische Extreme das Vertrauen in Institutionen untergraben, wo Regeln beliebig erscheinen oder ständig geändert werden, dort geraten Investitionsentscheidungen ins Stocken. Sachsen-Anhalt braucht Verlässlichkeit und eine politische Kultur, die auf Ausgleich, Sachorientierung und Respekt vor unternehmerischer Leistung setzt. Gleichzeitig gilt: Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Seine zentrale Aufgabe besteht darin, faire Spielregeln zu setzen, Infrastruktur bereitzustellen und Daseinsvorsorge zu sichern. Er sollte nicht versuchen, Märkte zu ersetzen oder wirtschaftliche Prozesse detailliert zu steuern. Innovationsprozesse lassen sich nicht verordnen, Strukturwandel nicht dirigistisch planen. Sie entstehen aus Wettbewerb, aus unternehmerischem Mut und aus der Bereitschaft, Neues zu wagen.

Mehr Markt bedeutet daher nicht weniger Staat, sondern einen Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert – und diese verlässlich erfüllt. Eine leistungsfähige Verwaltung, moderne Infrastruktur, exzellente Bildungseinrichtungen, technologieoffene Energiepolitik und ein Leistung belohnendes Steuer- und Abgabensystem sind Voraussetzungen für Investitionen und Beschäftigung. Wo Bürokratie jedoch überhandnimmt, wo Genehmigungsverfahren sich in die Länge ziehen oder Förderprogramme in Komplexität erstarren, wird wirtschaftliche Dynamik gebremst.

Sachsen-Anhalt verfügt über erhebliche Potenziale: industrielle Kompetenz, leistungsfähige Hochschulen, engagierte mittelständische Unternehmen, hohe Industrieakzeptanz in der Bevölkerung, verfügbare Flächen für Ansiedlungen, vorbildliche Kinderbetreuung und vieles andere mehr. Diese Stärken kommen jedoch nur dann voll zur Geltung, wenn politische Rahmenbedingungen Planungssicherheit gewährleisten und unternehmerische Initiative fördern statt behindern.

Freiheit und Verantwortung gehören zusammen. Die Unternehmen in Sachsen-Anhalt stellen sich dieser Verantwortung tagtäglich. Sie investieren, bilden aus, schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze und tragen mit ihren Steuern zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Dafür verdienen sie Respekt und einen politischen Rahmen, der ihre Leistungsbereitschaft nicht durch immer neue Auflagen und Belastungen untergräbt oder gar lähmt.

Angesichts tiefgreifender Transformationsprozesse – insbesondere in Industrie und Energieversorgung – braucht es zudem Widerstandskraft. Wirtschaftliche Resilienz entsteht durch Diversifizierung, Innovationsfähigkeit und internationale Vernetzung. Politische Resilienz entsteht durch stabile Institutionen, klare Zuständigkeiten und eine konsequente Orientierung an marktwirtschaftlichen Prinzipien. Beides hängt untrennbar miteinander zusammen.

Dieses Positionspapier versteht sich als Beitrag zu einer solchen ordnungspolitisch fundierten Landespolitik. Es formuliert konkrete Handlungsempfehlungen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung, Innovation, Internationalisierung, Bürokratieabbau, Energie und Infrastruktur. Ihnen allen liegt derselbe Gedanke zugrunde: Die Wirkungskraft der Marktwirtschaft muss auch auf Landesebene durch gute, verlässliche Rahmenbedingungen gestärkt werden.

Nicht das Eintreten für Wettbewerb, Freiheit und Subsidiarität darf unter Rechtfertigungsdruck stehen, sondern der Ruf nach immer weitergehender staatlicher Detailsteuerung. Sachsen-Anhalt braucht Mut zu mehr Eigenverantwortung, zu mehr unternehmerischer Initiative und zu mehr Vertrauen in dezentrale Lösungen.

Die kommende Legislaturperiode ist von großer Bedeutung, stehen doch Weichenstellungen in vielen Bereichen an. Eine „Schonfrist“ kann sich das Land angesichts von Fachkräftemangel, Investitionsschwäche und internationalem Standortwettbewerb nicht leisten. Es gilt, die vorhandenen Potenziale konsequent zu heben und die strukturellen Weichen so zu stellen, dass Sachsen-Anhalt als Wirtschaftsregion stark, innovativ und weltoffen bleibt.



Blick auf den Hauptsitz der IHK Halle-Dessau
in Halle (Saale)

Dem fühlt sich die IHK Halle-Dessau verpflichtet – im Interesse ihrer Mitgliedsunternehmen und im Interesse eines freiheitlichen, demokratischen, weltoffenen und wirtschaftlich erfolgreichen Sachsen-Anhalts.

Sascha Gläßer
Präsident

Prof. Dr. Thomas Brockmeier
Hauptgeschäftsführer

Alle Potenziale heben!

Sachsen-Anhalt durchläuft eine demografische Entwicklung, die massive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und das Fachkräfteangebot hat: Zum einen altert die Bevölkerung zunehmend. Altersbedingt scheiden mehr Menschen aus dem Erwerbsleben aus, als junge Menschen nachrücken. In den nächsten zehn Jahren werden dem Land dadurch insgesamt ca. 200.000 Arbeitskräfte fehlen. Insbesondere Unternehmen im ländlichen Raum mit arbeitsintensiven Prozessen (z. B. Hotel- und Gastgewerbe, Lebensmittelindustrie) leiden besonders unter dem Fachkräftemangel.

Zum anderen hat Sachsen-Anhalt über viele Jahre Arbeitskräfte durch Abwanderung verloren. Zwar scheint dieser Trend vorerst gestoppt. Dennoch suchen viele junge Sachsen-Anhalter ihre Zukunftsperspektiven leider immer noch zu häufig jenseits der Landesgrenzen. Dies alles führt zu einer deutlichen Verschiebung am Arbeitsmarkt: Fachkräfte werden knapper, die Konkurrenz um den Nachwuchs nimmt zu, Arbeitsmarktzuwanderung wird wichtiger.



Kerstin Kühne

„Der Fachkräftemangel ist längst zur zentralen Standortfrage geworden. Sachsen-Anhalt kann es sich nicht leisten, Potenziale ungenutzt zu lassen – weder bei jungen Menschen, Eltern, Zuwanderern noch bei erfahrenen Beschäftigten. Entscheidend sind deshalb gute Bildung, flexible Arbeitsbedingungen und eine Politik, die Arbeit möglich macht, statt sie zu behindern.“

Kerstin Kühne

Geschäftsführerin der b.i.g. dienstleistungsmanagement gmbh,
Vizepräsidentin der IHK Halle-Dessau und Vorsitzende des Arbeitskreises Bildung

Demografie & Arbeitsmarkt

Grundsätze

Auch der Arbeitsmarkt folgt den Gesetzmäßigkeiten von Angebot und Nachfrage. Eingriffe in diesen Koordinationsmechanismus bleiben nicht ohne Konsequenzen. Staatliche Eingriffe, wie z. B. die Einführung und regelmäßige Erhöhung des Mindestlohns, können zu einer Aufwärtsspirale in der gesamten Lohnsystematik in Unternehmen führen. Zuerst leiden darunter Geringqualifizierte oder Menschen ohne anerkannte Abschlüsse; für sie kann ein hoher Mindestlohn eine faktische Einstellungshürde darstellen, die ihnen den so wichtigen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt versperrt und zudem Qualifizierungsanreize senkt.

Auch zu starre Rahmenbedingungen können Beschäftigung gefährden: Unternehmen brauchen flexible Instrumente – wie etwa die Arbeitnehmerüberlassung und Werkverträge – um auf Nachfrageschwankungen reagieren zu können. Die Flexibilität erhöht zudem die Widerstandsfähigkeit der Unternehmen in Krisenzeiten. Von politischen Maßnahmen zur Einflussnahme auf die Arbeitszeitgestaltung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist abzusehen.

Demografische Entwicklungen sind zwar träge und nicht schnell zu korrigieren – völlig unbeeinflussbar sind sie indes nicht: Durch vorausschauende Politik wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt. Dies trägt dazu bei, die Erwerbstätigkeit von Eltern zu sichern und eröffnet vor allem Alleinerziehenden bessere Chancen auf Teilhabe am Arbeitsmarkt. Die Verbesserung familien- und kinderfreundlicher Rahmenbedingungen ist erforderlich. Einen besonders wirksamen Beitrag leisten dabei flexible und bezahlbare Betreuungsangebote in Kindertagesstätten und Ganztags-schulen.

Ohne kluge Zuwanderungspolitik wird die Fachkräftelücke nicht zu schließen sein. Je höher die Qualifikation und je besser die vorhandenen Deutschkenntnisse der Zugewanderten, desto eher gelingt die Integration in den Arbeitsmarkt. Eine gute und schnelle Qualifikationsanerkennung hilft, solche Potenziale gezielt zu nutzen. Insbesondere Sprachförderung kann Integration beschleunigen.



Alle
Potenziale
heben!

Forderungen/Handlungsempfehlungen

- Arbeit muss sich lohnen – und zwar für beide Seiten: Zum einen muss ein Abstand zwischen Marktlohn und staatlichen Unterstützungen als Anreiz zur Arbeitsaufnahme erhalten bleiben! Zum anderen dürfen die Kosten nicht so hoch sein, dass kein Raum für Produktivität mehr bleibt.
- Hürden für Arbeitsmarktintegration abbauen: Einfache Arbeit muss bezahlbar sein!
- Keine Diskriminierung von Arbeitnehmerüberlassung oder Werksverträgen!
- Einheitliche Verfahren und sichtbare Ansprechpartner für qualifizierte Zuwanderer in der Verwaltung schaffen! Attraktive Bleibeperspektiven für internationale Absolventen und Fachkräfte schaffen!
- Bürokratische Hürden bei der Rekrutierung ausländischer Fachkräfte sowie bei der Anerkennung ausländischer Fachkenntnisse reduzieren!
- Familien- und kinderfreundlichere Rahmenbedingungen insbesondere durch flexiblere Beschäftigungsverhältnisse und mehr Betreuungsplätze schaffen!
- Aufgabenkritik bei der öffentlichen Hand mit einem konsequenten Personalabbau verbinden, um wertschöpfende Arbeitspotenziale in der Privatwirtschaft zu erhalten oder zur Verfügung zu stellen!
- Bestmögliche allgemeine Schulbildung als Grundlage für die berufliche Bildung und den weiteren Karriereweg absichern und stärken!
- Anerkennung der beruflichen Bildung sowie eine hohe Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungswegen fördern, um eine optimale Entwicklung der nachkommenden Generation zu ermöglichen!



Bildung

Grundsätze

Berufliche Bildung ist ein zentrales Element der Wirtschaftsstärke Deutschlands und ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit Sachsens-Anhalts. Das duale Ausbildungssystem – die Kombination aus praktischer Ausbildung und Arbeit im Betrieb sowie theoretischem Unterricht in der Berufsschule – sorgt dafür, dass junge Menschen praxisnah, zielgerichtet und bedarfsorientiert qualifiziert werden. Dies stärkt die Innovationskraft, Produktivität und Anpassungsfähigkeit der heimischen Wirtschaft – gerade in Zeiten von demografischem Wandel, Digitalisierung und Strukturwandel.

Ein modernes, durchlässiges Ausbildungssystem schafft echte Perspektiven und Karrierechancen. Dabei darf berufliche Bildung nicht als „Weg zweiter Klasse“ gelten: Sie ist ein gleichwertiger Bildungsweg neben dem Studium. Akademische und berufliche Bildung sind keine Gegensätze – sie ergänzen und bereichern sich gegenseitig. Durchlässige Übergänge, etwa über Meister- oder Technikerfortbildungen oder ein anschließendes Studium, ermöglichen individuelle Bildungsbiografien und stärken das Prinzip des lebenslangen Lernens.

Auch international gilt das deutsche Ausbildungssystem als Vorbild. Sachsen-Anhalt muss dieses Potenzial nutzen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und gezielt ausländische Fachkräfte in den heimischen Arbeitsmarkt zu integrieren. Nur durch Offenheit, Qualität und Integration bleibt Sachsen-Anhalt ein international geschätzter Wirtschaftsstandort.

All das funktioniert jedoch nur mit einer vorausschauenden und entschlossenen Bildungspolitik sowie einer qualitativ hochwertigen Schulausbildung. Um die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Sachsen-Anhalt langfristig zu sichern, müssen auch Ausbildungsberufe regelmäßig modernisiert, digitale Kompetenzen gestärkt und Bildungswege durchlässiger gemacht werden. Auch Anreize und gesellschaftliche Anerkennung für Auszubildende und Ausbildungsbetriebe sind notwendig, um junge Menschen für die berufliche Bildung zu gewinnen.



Forderungen/Handlungsempfehlungen

- Potenziale frühkindlichen Lernens ausschöpfen und auch in Grundschulen auf bereits gelegten Grundlagen aufbauen!
- Berufs- und Studienorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen verbindlich anbieten und systematisch innerhalb der Lehrpläne verankern!
- Duale Berufsausbildung wohnort- und/oder ausbildungsortnah organisieren!
- Attraktivität des Lehramtsstudiums durch Anreizstrukturen erhöhen und Lehrerberuf mit mehr Entscheidungsverantwortung ausstatten!
- Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften sowie die technische Ausstattung von Schulen praxisorientiert ausbauen und an neue Technologien und Pädagogikkonzepte anpassen!
- Höhere Berufsbildung stärken und Vorteile als Karrieregarant breiter kommunizieren!
- Nicht am Markt vorbeistudieren: Angebot von Studiengängen an den Hochschulen des Landes bedarfsorientiert aufstellen!
- Internationalen Austausch fördern und Bleibeperspektiven für ausländische Fachkräfte erhöhen!



Alle
Potenziale
heben!

Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit stärken!

Gelingender Strukturwandel und Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten hängen entscheidend von der Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft vor Ort ab und von deren Fähigkeit, sich regelmäßig neu zu erfinden. Innovationsfähigkeit ist dabei ein Schlüssel. Es gilt, auf Markttrends rasch reagieren oder solche auch selbst anstoßen zu können.

Während in Sachsen-Anhalt die Bereiche der Hochschulforschung wie der staatlichen Forschung insgesamt überdurchschnittlich (bezogen auf den Bundesdurchschnitt) ausgestattet sind, hängen private Forschungs- und Entwicklungsbudgets weiter hinterher. Es ist jetzt wichtiger denn je, einerseits die Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu stärken und andererseits bei der Ausrichtung von öffentlichen F&E-Aktivitäten auf Wirtschaftsnähe und Marktbezug zu achten.

Gleichermaßen müssen die strukturellen Nachteile unserer kleinteiligen Wirtschaft bei den internationalen Aktivitäten der Unternehmen betrachtet werden. Gerade der Außenhandel unterliegt häufig Restriktionen, die auf politische Entscheidungen zurückgehen. Unternehmen, die sich den vielfältigen Handelsrisiken aussetzen, profitieren davon, wenn ihnen in der Heimat Politik und Verwaltung den Rücken stärken und Unterstützung bieten.



Hans-Joachim Münch

„Wettbewerbsfähigkeit entsteht dort, wo Ideen schnell zu marktfähigen Produkten werden und Unternehmen international erfolgreich sein können. Dafür brauchen unsere Betriebe weniger Bürokratie, starke Forschungspartner und offene Märkte. Wenn Innovation, Unternehmergeist und Weltoffenheit zusammenkommen, kann Sachsen-Anhalt seine wirtschaftlichen Stärken voll entfalten.“

Hans-Joachim Münch

Prokurist der SONOTEC GmbH
und Vorsitzender des IHK-Arbeitskreises Innovation und Technologietransfer

Technologie & Innovationen

Grundsätze

Investitionen in Forschung und Entwicklung (F&E) stärken die Innovationsfähigkeit und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen: Dies gilt sowohl für die Grundlagen- als auch für die anwendungsorientierte Forschung.

Die Innovationsfähigkeit der Unternehmen wird maßgeblich von ihrer F&E-Kompetenz bestimmt und kann durch die Forschungsleistung und Infrastruktur der Hochschulen wesentlich gestärkt werden. Dafür ist ein breiter Wissens- und Technologietransfer in die Unternehmen hinein notwendig. Die Innovations- und Technologiepolitik muss deshalb in erster Linie auf einfache, transparente und flexible Transferwege ausgerichtet sein. Insbesondere müssen dabei die spezifischen (Finanzierungs-) Bedürfnisse von KMU beachtet werden!

Innovationen lassen sich so wenig vorhersehen oder gar politisch „verordnen“ wie sog. „Zukunftsmärkte“. Am erfolgreichsten ist Innovationsförderung deshalb dann, wenn sie sich den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren zunutze macht. Das allerdings funktioniert nur mit technologie- und ergebnisoffenen Förderbedingungen. Werden

Handlungsspielräume zu früh eingeengt, drohen kostspielige Fehlentwicklungen und Fehlförderungen. Industriennahe Forschung muss sich industrienahem Wettbewerb stellen.

Staatliche Forschungsprogramme können einen Beitrag zur Innovationsfähigkeit der Unternehmen leisten, jedoch sollten die Forschungsergebnisse schneller in marktfähige Produkte umgesetzt werden können. Hier verliert Deutschland gerade den internationalen Anschluss. Weniger Bürokratie bzw. schnellere Bearbeitungszeiten, bessere Unterstützung von Innovationen – insbesondere im „Tal des Todes“, also der kritischen Phase zwischen Erfindung und erfolgreicher Markteinführung – und höhere Investitionsanreize in innovative marktreife Produkte sind wesentliche Bausteine. Innovationsförderung sollte durch schlankere Richtlinien umgesetzt werden, auf überbordende Kontrollbürokratie ist unbedingt zu verzichten.

Forderungen/Handlungsempfehlungen

- KMU brauchen niedrighschwellige und passgenaue Förderangebote. Beantragungs- und Bewilligungsprozesse sind effektiv sowie effizient zu gestalten, dann könnten auch die Mindestfördersummen gesenkt und mehr Innovationsdynamik im Land entfacht werden!
- Innovationsförderung muss branchen- und technologieoffen sein!
- Darlehen und steuerliche Forschungsförderung sind wichtige Ergänzungen in der F&E-Förderung; keinesfalls aber können sie die bewährten Zuschussprogramme insbesondere für KMU ersetzen!
- Der Technologietransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen sollte durch geeignete und effektive Instrumente intensiviert und ausgebaut werden!
- Unternehmen muss die Möglichkeit offenstehen, auch ohne großen Aufwand und Kosten die Infrastruktur der Hochschulen nutzen zu können!
- IKT und MINT sollten noch stärker in Schulen verankert werden!
- Das Land sollte mehr Reallabore für sogenannte „disruptive“ Innovationen unterstützen!
- Funktionierende Pilotmaßnahmen sollten auch in ihrer Skalierung und Umsetzung gefördert werden.



Wettbewerbs-
und
Zukunftsfähigkeit
stärken!

Internationalisierung

Grundsätze

Globale Arbeitsteilung fördert Wohlstand – überall auf der Welt. Dieser Grundsatz gilt noch immer. Dennoch nehmen Protektionismus und Handelshemmnisse derzeit zu. Lieferketten reißen und bewährte Geschäftsmodelle werden infrage gestellt.

Unternehmen müssen deshalb im internationalen Geschäft widerstandsfähiger werden und dafür neue Märkte und Kooperationsnetzwerke erschließen können.

Die Kleinteiligkeit der hiesigen Wirtschaft stellt bei deren Internationalisierung eine große Herausforderung dar. KMU brauchen besondere Unterstützung: Die Landesregierung kann als Türöffner fungieren sowie durch kreative, gezielte und passgenaue Förderung bei der Erschließung ausländischer Märkte unterstützen. Sie sollte alles in ihrer Macht stehende tun, weitere Handelshemmnisse zu vermeiden und Bürokratielasten abzubauen, insbesondere bei den Melde- und Berichtspflichten.



Wettbewerbs-
und
Zukunftsfähigkeit
stärken!

Forderungen/Handlungsempfehlungen

- Sachsen-Anhalt muss dringend seine Weltoffenheit, seine guten Standortfaktoren und Stärken besser vermitteln – national und international!
- Diplomatie stärken: Konsequent und permanent für diplomatische Konfliktlösungen und gegen Handelshemmnisse und Wirtschaftssanktionen eintreten!
- Wirtschaftliche Dialogformate ausbauen und für Freihandelsabkommen eintreten: Vertrauensbildende Maßnahmen wie Dialogplattformen mit europäischen und globalen Partnern sind zu unterstützen, um Handelsbeziehungen zu stabilisieren!
- Bedeutung und Vorteile globaler Arbeitsteilung und freien Handels bewerben!
- KMU bei Diversifizierung und Absicherung der Geschäftsprozesse unterstützen.




Landesimage

Grundsätze

Das Image einer Region ist ein wichtiger Standortfaktor für die Bewerbung touristischer Angebote ebenso wie für das Anlocken von Investoren und externen Fachkräften. Zudem kann ein positives Landesimage sich auf regional erzeugte Produkte übertragen und damit als Verkaufsargument den Absatz dieser Produkte fördern.

Fakt ist aber leider: Am Außenbild Sachsen-Anhalts gibt es noch einiges zu verbessern! Deutschlandweit und international bleibt das Land oft unterhalb der Wahrnehmungsschwelle. Modernisierung, Pragmatismus, Weltoffenheit, Gestaltungswillen, Aufbruchsstimmung und Toleranz sind Werte, die Sachsen-Anhalt nach außen tragen muss, um seine Attraktivität zu steigern.

Das Landesmarketing sollte dabei als Gemeinschaftsaufgabe gesehen werden. Mit der Kampagne „Sachsen-Anhalt kann's halt“ wurden die ersten richtigen Weichen gestellt. Dabei sollten noch mehr Akteure (Unternehmen, Institutionen) eingebunden werden, um die Wirkung und den Multiplikatoreffekt zu erhöhen. Sachsen-Anhalt beherbergt zahlreiche überregional und international wirkende Akteure, die hervorragende Botschafter mit „Leuchtturm-Charakter“ sein könnten.



Wettbewerbs-
und
Zukunftsfähigkeit
stärken!

Forderungen/Handlungsempfehlungen

- Sachsen-Anhalt muss – unter der Führung der Staatskanzlei und Einbindung aller wichtigen Akteure – seine Stärken, wie etwa eine ausgeprägte Wissenschaftslandschaft, eine hohe Industrieakzeptanz, vorhandene Flächen, hervorragende Kinderbetreuung und niedrige Lebenshaltungskosten, professionell, pointiert und vor allem konzertiert herausstellen. Konkurrierende Alleingänge einzelner Akteure mit unnötigen Reibungsverlusten sind zu vermeiden. Das vorhandene Leitmotiv „modern denken“ sollte konsequent weiter genutzt und durch immer neue Beispiele konkretisiert werden!
- Mit der Dachkampagne „Sachsen-Anhalt kann's halt“ gibt es eine umfassende Initiative zur Standortbewerbung. Die Inhalte der unterschiedlichen Aufgabenfelder müssen noch mehr sowohl nach innen als auch nach außen transportiert werden!
- Zur Steuerung der Kampagne sind zielführende Entscheidungsprozesse erforderlich. Dazu ist ein entscheidungskompetentes Expertengremium aus Politik/Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zu bilden. Es sollte transparent und im Konsens berufen werden und dann das letzte Wort haben!
- Imagearbeit kostet Geld. Ein entsprechendes Budget ist bereitzustellen!



Weniger Hürden, mehr Unternehmergeist!

Gute Standortbedingungen tragen in vielfältiger Weise zum Erfolg von Unternehmen bei. Eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung zieht Unternehmen an, erleichtert Bestandsunternehmen das Wachstum und hilft Unternehmensgründern beim Start.

Eine solche Verwaltung sollte von Lösungsorientierung geprägt sein und (Mit-)Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung der Region tragen wollen. Zu häufig scheitern wertschöpfungssichernde Vorhaben am „Das geht nicht, weil!“, anstatt das Motto zu leben „Es ginge dann, wenn ...“.

Neue strukturelle Wachstumsimpulse sind dringend notwendig, um bei immer intensiverem Standortwettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben. Bürokratie und Gesetzgebung müssen hierbei Befähigungsmotor statt Wachstumshürde sein.

Auch muss die Funktion und Bedeutung des Unternehmertums wieder mehr Beachtung und Wertschätzung erfahren – sowohl als Beschäftigungs- und Verwirklichungsperspektive als auch als Umsetzungskraft, auf die es in der Transformation dringender denn je ankommt.



Jörg Schlichting

„Unternehmen brauchen Freiräume, um Ideen umzusetzen, Arbeitsplätze zu schaffen und Innovationen voranzubringen. Dafür braucht es eine Verwaltung, die lösungsorientiert handelt und Unternehmergeist unterstützt, statt ihn auszubremsen. Weniger Bürokratie und mehr Vertrauen in die Wirtschaft sind entscheidend für die Zukunft unseres Standortes.“

Jörg Schlichting

Inhaber der EWS „Die Schuhfabrik“ e. K.
und Vizepräsident der IHK Halle-Dessau

Bürokratie / Gute Gesetzgebung

Grundsätze

Das Ausmaß an Bürokratie ist zu einem enormen Belastungsfaktor für den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt geworden. Der steigende Bürokratieaufwand belastet alle beteiligten Akteure – und zwar Unternehmen und Verwaltung gleichermaßen. Eine gute Gesetzgebung sollte Planungssicherheit schaffen und administrative Prozesse standardisieren. Stattdessen blockieren überbordende und einander nicht selten widersprechende Auflagen zunehmend wertschöpfende Arbeit.

Eine systematische Aufgabenkritik und ein praxisorientiertes Neudenken auf allen politischen Ebenen von Gesetzgebungsprozessen müssen im Mittelpunkt stehen, um wirtschaftsfördernde Rahmenbedingungen zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit Sachsen-Anhalts zu erhalten. Monitoring, Evaluationen und Konsultationen sind essenzielle Instrumente zur Identifikation von unnötigen Bürokratiebelastungen, konzeptionellen Fehlkonstruktionen und Verbesserungspotenzialen.

Die Politik muss wieder mehr Vertrauen in Unternehmer fassen und Kontaktpunkte ausbauen. Nur durch Kooperation und gemeinsame Anstrengungen können die strukturellen Missstände beseitigt werden. Die Gesetzgebung muss für die Nutzung praxisnaher Instrumente, wie etwa gesetzgeberische Folgenabschätzungen, Praxis-, Digital- und KMU-Checks, Reallabore usw., sensibilisiert und qualifiziert werden. Verpflichtende Bürokratieabbauziele müssen konsequent verfolgt und politische Alleingänge, beispielsweise durch die Schaffung zusätzlicher nationaler Anforderungen über bestehende EU Vorgaben hinaus, unterlassen werden.



Weniger Hürden,
mehr
Unternehmergeist!

Forderungen/Handlungsempfehlungen

- Durch konsequente Aufgabenkritik und umsichtige Personalkonzepte den Appetit der öffentlichen Hand auf die immer knapper werdenden Arbeits- und Fachkräfte endlich wirksam zügeln!
- Unverhältnismäßige Bürokratieaufwände durch Praxis-, Digital- und KMU-Checks sowie Reallabore frühzeitig erkennen und vermeiden!
- Systematisches Monitoring, Evaluationen und Konsultationen vor, während und nach Gesetzgebungsprozessen implementieren!
- Politische Alleingänge vermeiden!
- Verpflichtende Bürokratieabbauziele festhalten und verfolgen!
- Doppelte Bürokratiepflichten identifizieren und abschaffen!
- Angemessene Zeiträume für Konsultationen einräumen!
- Prozesse erst verschlanken und dann digitalisieren!
- Potenzial von KI frühzeitig nutzen!



Unternehmensfreundlichkeit

Grundsätze

Die Wirtschaftsstruktur Sachsen-Anhalts ist stark mittelständisch geprägt: Bei 99,5 Prozent der ansässigen Unternehmen handelt es sich um KMU. 63 Prozent aller IHK-Mitgliedsunternehmen sind Einpersonen- und Kleinunternehmen mit bis zu zehn Mitarbeitern.

Diese werden durch Bürokratismus besonders belastet. Statt für die Sicherung und das Wachstum des Unternehmens werden wichtige Ressourcen oftmals durch das Erfüllen von Berichts- und Informationspflichten, die Steuerverwaltung und das Beauftragtenwesen gebunden.

Eine unternehmensfreundliche Verwaltung entlastet nicht nur bestehende Unternehmen, sie erleichtert auch Gründern und Nachfolgern den Einstieg. Sachsen-Anhalt belegt im bundesweiten Vergleich bei der Existenzgründungsquote einen der letzten Plätze; auch finden sich zu wenige Nachfolger. Der Rechts- und Verwaltungsrahmen ist kompliziert, der Zugang zu geeigneter Finanzierung oft erschwert.

Zügige und rechtssichere Genehmigungsverfahren erfordern verständliche und auf das Wesentliche beschränkte gesetzliche Anforderungen sowie eine effiziente Verwaltungsstruktur. Für Unternehmen ist entscheidend, dass Anträge zügig, zielgerichtet und mit hoher Fachkompetenz bearbeitet werden. Fachlich komplexe Genehmigungsverfahren mit einer notwendigen Bündelungsfunktion verschiedener Behörden sollten auf einer höheren Verwaltungsebene angesiedelt sein als einfachere Verfahren.



Weniger Hürden,
mehr
Unternehmergeist!

Forderungen/Handlungsempfehlungen

- Wirtschaftsgesetzgebung nicht mit sachfremden Kriterien überlasten!
- Regeln KMU-freundlich ausgestalten: Ausnahmen konsequent nutzen!
- 1:1-Umsetzung von europäischen Vorgaben – kein „Gold-Plating“ betreiben!
- Konsequente Aufgabenkritik in jeglichen Bereichen der Landesverwaltung durchführen, um Belastung von Unternehmen und Behörden zu reduzieren!
- Unternehmensförderung besser zugänglich machen: Förderprogramme entschlacken, Antragsverfahren vereinfachen, Potenziale der Digitalisierung nutzen!
- Bürgschafts- und Beteiligungsinstrumente weiter ausbauen, damit die Nachfolgefinanzierung nicht zum Engpass wird!
- Unternehmensgründungen und -nachfolgen zu einem Top-Thema mit hoher Priorität machen: Sachsen-Anhalt braucht eine Gründungs- und Nachfolgeoffensive. Bereits vorhandene Cluster sollten gezielt gestärkt werden!
- Reformen an der Verwaltungsstruktur im Land sollten sich an Effizienz und Geschwindigkeit von Genehmigungsverfahren für Unternehmen ausrichten! Das Land sollte sich für eine Reform der Gewerbesteuer hin zu einer kommunalen Steuer einsetzen. Rückführung der Kostenbesteuerung als erster Schritt!



Transformation der Wirtschaftsregion ermöglichen!

Der Süden Sachsen-Anhalts hat sich als Industriestandort vor allem auch deshalb profiliert, weil heimische grundlastfähige Energieträger vor Ort lange Zeit reichhaltig verfügbar waren. Die Industrie ist als Nachbar und Arbeitgeber hochgeschätzt. Die Menschen sind stolz auf die industrielle Tradition der Region: Nachweislich herrscht im Süden Sachsen-Anhalts eine überaus hohe Industrieakzeptanz seitens der Bevölkerung.

Die Industriegeschichte der Region ist aber auch geprägt von Höhen und Tiefen – jeweils eng verknüpft mit politischen Weichenstellungen. Nachdem der letzte große Strukturbruch zur Wendezeit nach 1989/1990 langsam bewältigt wurde, stehen die Unternehmen nun aufgrund der Folgen der Corona-Pandemie und des Ukrainekriegs sowie angesichts zunehmend protektionistischer internationaler Handelspraktiken sowie einer international unabgestimmten Klimapolitik vor immensen Herausforderungen.

Die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaftsregion wird davon abhängen, den hier ansässigen industriellen Leistungsträgern ihre Transformation entlang eines klimafreundlicheren Entwicklungspfades zu ermöglichen. Das gelingt aber nur, wenn diese auch währenddessen wirtschaftlich leistungs- und investitionsfähig bleiben. Daher sind politische Transformationsziele als atmender Zielkorridor zu formulieren. Auch ist den Unternehmen eine angemessene und an realen Innovations- und Investitionszyklen orientierte Übergangszeit für den Wandel einzuräumen.



Anja Twietmeyer

„Die Transformation unserer Industrie gelingt nur, wenn Unternehmen investieren können und verlässliche Rahmenbedingungen vorfinden. Bezahlbare Energie, leistungsfähige Infrastruktur und technologieoffene Lösungen sind dafür entscheidend. Nur wenn Wirtschaftlichkeit und Klimaziele zusammen gedacht werden, bleibt Sachsen-Anhalt auch künftig ein starker Industriestandort.“

Anja Twietmeyer

Prokuristin der Saalemühle Alsleben GmbH
und Vizepräsidentin der IHK Halle-Dessau

Energiepolitik

Grundsätze

Unternehmen brauchen eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung. Die deutsche und europäische Energiewende treibt die Energiepreise und gefährdet so die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie sowie die Akzeptanz in der Bevölkerung. Angesichts fehlender wirksamer Alternativen zu grundlastfähigen Energieträgern, des bereits vollzogenen Kernenergieausstiegs und des fortschreitenden Kohleausstiegs steht die Verlässlichkeit der Energieversorgung infrage. Ein ehemals zentral bedeutsamer Standortfaktor der Region geht zunehmend verloren. Daher ist es umso wichtiger, dass Sachsen-Anhalts einziger Großkraftwerksstandort in Schkopau durch den Neubau eines Gaskraftwerks auch über den Kohleausstieg hinaus erhalten bleibt.

Emissionsvermeidung ist gut und richtig, muss aber im globalen Maßstab gedacht werden, damit das Klima auch tatsächlich von den ergriffenen (oft sehr teuren) Maßnahmen profitiert. Notwendig ist international abgestimmtes Handeln – sonst kommt es zu Wettbewerbsverzerrungen. Regional sollte sich Klimaschutz vor allem auf effektive und effiziente Anpassungsmaßnahmen konzentrieren.

Der Energiemix sollte durch Marktlösungen (unter Einpreisung der CO₂-Zertifikate), nicht aber durch Staatsdirigismus bestimmt werden. Dabei muss jedoch sichergestellt werden, dass durch den EU-Emissionshandel verursachte administrative und wirtschaftliche Belastungen für Unternehmen substanziell abgemildert werden, um den wirtschafts- und geopolitischen Zielsetzungen zu entsprechen. Eine zeitliche Streckung der Maßnahmen sowie eine Entlastung der besonders betroffenen Schlüsselbranchen sind notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit und Autonomie des Standorts zu gewährleisten. Erneuerbare Energien gehören ebenso zu einem nachhaltigen Energiemix wie andere Energieträger. Der Energiemarkt muss primär wettbewerblich gesteuert werden. Klimaschutz muss effektiv und effizient erfolgen, d. h. er muss in der Sache wirksam und wirtschaftlich lohnenswert sein!

Auch muss regional im Bereich der Energieinfrastruktur der Fokus darauf gelegt werden, die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der heimischen Industrie zu schaffen. Das schließt den Aufbau einer dezentralen Wasserstoffwirtschaft ebenso ein wie Anlagen und Netze zur CO₂-Abscheidung und Nutzung bzw. Speicherung (CCU/CCS).



Forderungen/Handlungsempfehlungen

- Auch am Energiemarkt muss Technologieoffenheit herrschen – dirigistische Eingriffe zugunsten oder zulasten einzelner Energieträger sind zu vermeiden!
- Erneuerbare Energien müssen ohne Subventionen wettbewerbsfähig sein!
- Der Kraftwerksstandort Schkopau muss bei der Umsetzung der Kraftwerksstrategie des Bundes berücksichtigt und erhalten werden!
- Instrumente wie CO₂-Abscheidung müssen nun vorangetrieben und deren technische sowie wirtschaftliche Umsetzung ermöglicht werden! Alle Klimaschutzinstrumente müssen ergebnisoffen geprüft werden.
- Technologieoffenheit bei Wasserstoff: Alle Erzeugungswege ermöglichen!
- Maßnahmen der CO₂-Emissionsvermeidung müssen international abgestimmt sein. Die Klimaschutzanstrengungen des Landes sollten sich auf effektive und effiziente Anpassungsmaßnahmen konzentrieren.
- Bei allen Maßnahmen muss auch der internationale Standortwettbewerb bedacht werden: Nationale Alleingänge führen zur Verlagerung von CO₂-intensiver Produktion ins Ausland und damit eben nicht zur Vermeidung, sondern lediglich zur Verlagerung von Emissionen!
- Die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen KMU sollte weiterhin durch geeignete Fördermaßnahmen für Investitionen in Energieeffizienz gestärkt werden!



Transformation
der
Wirtschaftsregion
ermöglichen!

Infrastruktur

Grundsätze

Die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes hängt maßgeblich von der Leistungsfähigkeit der vorhandenen Infrastruktur ab. Gut ausgebaute Verkehrswege sind das eine, flächendeckende Breitbandversorgung mit Gigabitanschlüssen als Voraussetzung für erfolgreiche Digitalisierung, lückenlose Mobilfunkerschließung mit 5G sowie leistungsstarke und resiliente Ver- und Entsorgungseinrichtungen und Energienetze das andere.

Bund, Land und Kommunen müssen den weiteren und mittlerweile wertschöpfungsgefährdenden Substanzverzehr bei Straßen, Schienen und Wasserstraßen stoppen und gleichzeitig bestehende Engpässe und Lücken im Verkehrsnetz durch Aus- und Neubaumaßnahmen beseitigen. Der Verkehrshaushalt in Sachsen-Anhalt ist diesen Erfordernissen entsprechend dauerhaft aufzustocken. Die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel des „Sondervermögens“ sind effizient und zügig für die Verbesserung der Lage zu nutzen.

Digitalisierung ist ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg im globalen Wettbewerb: Sie hält immer stärker Einzug in Produktionsprozesse und sonstige Betriebsabläufe. Dies birgt potenziell starke Innovationskraft und führt zu enormen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Auch hier braucht es die richtigen Rahmenbedingungen und wegweisende Weichenstellungen – in Deutschland sowie in Sachsen-Anhalt.



Transformation
der
Wirtschaftsregion
ermöglichen!

Forderungen/Handlungsempfehlungen

- Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 planmäßig und konsequent umsetzen!
- Keine pauschalen Sperrungen für den Individualverkehr! Landesweite Mobilitätssicherung für Wirtschaft und Bevölkerung mittels eines auskömmlich finanzierten öffentlichen Verkehrs!
- Erreichbarkeit der Innenstädte sichern und nicht durch verkehrsbehindernde Maßnahmen einschränken oder reglementieren!
- Haushaltspolitisch verankerte, langfristige Finanzierungssicherheit für Infrastrukturinvestitionen und Instandhaltung!
- Verbesserung des Schutzes und Stärkung der Resilienz kritischer Infrastrukturen der Energie- und Wasserwirtschaft!
- Ausbau der touristischen Infrastruktur nicht über zusätzliche Abgaben oder Belastungen für Unternehmer finanzieren!
- Beseitigung des Investitions- und Instandhaltungsstaus bei Landesstraßen und Brücken plus Schaffung straßenbegleitender Radwege!
- Entsorgungssicherheit durch den möglichen Bau neuer Deponien gewährleisten!
- Flächendeckende Breitbandverfügbarkeit und lückenloses Mobilfunknetz sichern!
- Effizienz im Breitbandausbau durch praxisorientierte Verfahren und Monitoring sicherstellen!
- Verwaltung entschlacken, vereinfachen und konsequent digitalisieren sowie „Digitale Agenda“ fortschreiben!
- Bildungs- und Weiterbildungsangebote mit Digitalisierungsbezug fördern!



Impressum

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau
Franckestraße 5
06110 Halle (Saale)
Telefon: 0345 2126-0
E-Mail: info@halle.ihk.de
Internet: www.ihk.de/halle

Redaktion:

Geschäftsfeld Standortpolitik

Gestaltung:

Angela Schubert & Jo Schaller, Halle (Saale)

Druck:

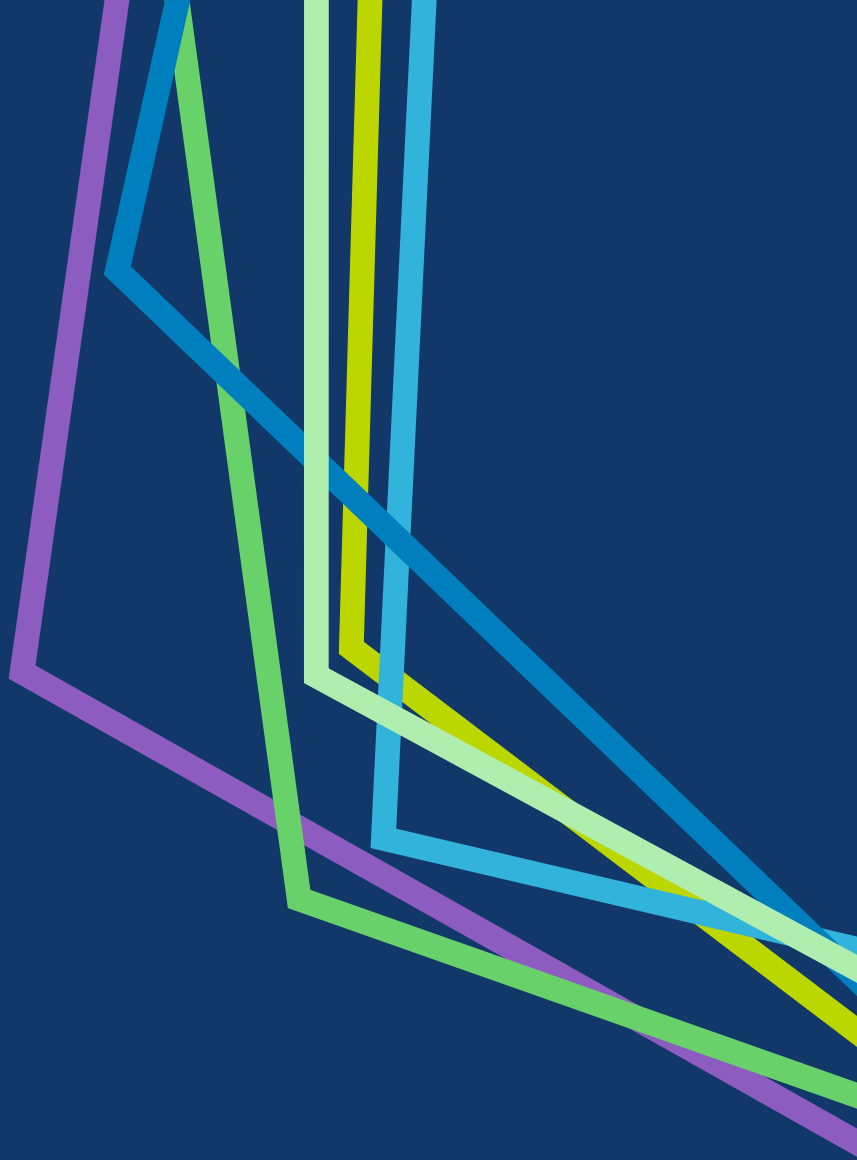
IMPRESS DRUCKEREI Halbritter KG Halle (Saale)

Abbildungen:

Landtag von Sachsen-Anhalt: Titelbild; Shutterstock/standred:
S. 6/7; Shutterstock/industryviews S. 8/9; Shutterstock/nampix:
S. 20/21; Shutterstock/Dr. Michael Gellner: S. 26/27, Shutterstock/Kai Michael Neuhold: S. 28/29; Uwe Köhn: S. 1, 5 (Portrait),
11 (Gebäude), 22/23; Michael Deutsch: S. 3; b.i.g. dienstleistungsmanagement gmbh: S. 5 (Gebäude); Thomas Reinhardt:
S. 11 (Portrait), 19 (Portrait); Technologiepark Weinberg Campus/
Marco Warmuth: S. 12/13; Roman Sigaev - stock.adobe.com:
S. 14/15; Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-
Anhalt mbH/Jens Wegener: S. 16/17; EWS: S. 19 (oben); Michael
Klehm: S. 25 (Portrait); Rüdiger Dunker: S. 25 (oben)

Redaktionsschluss:

27. März 2026



Vorhandene Potenziale konsequent heben und strukturelle Weichen so stellen, dass Sachsen-Anhalt als Wirtschaftsregion **stark**, **innovativ** und **weltoffen** bleibt.



Bleiben Sie immer auf dem Laufenden.
Folgen Sie der IHK Halle-Dessau
auf LinkedIn!



Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau

Franckestraße 5

06110 Halle (Saale)

Telefon: 0345 2126-0

info@halle.ihk.de

www.ihk.de/halle